

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59.

Donnerstag, den 11. März 1915.

22. Jahrg.

Unter dem Burgfrieden.

Als am weltgeschichtlichen 4. August 1914 die deutsche Volksvertretung einmütig der Regierung alle zur Landesverteidigung erforderlichen Mittel bewilligte, wurde auch der Burgfriede erklärt. Das heißt, jede der vielen Parteien nahm es auf sich, solange das gemeinsame Vaterland bedrängt sei, den Streit mit andern zu lassen und alle Kräfte für das Ganze einzusetzen. Das war notwendig und ist notwendig. Wenn das Haus mit Brand und Vernichtung bedroht ist, haben seine Bewohner nicht Zeit zu langen Erörterungen, wie es für diesen oder jenen angenehmer gestaltet werden könne; sondern sie sehen sich gedrängt, seinen Bestand zu sichern.

Es muß anerkannt werden, daß geraume Zeit hindurch der Burgfriede von allen in Betracht kommenden Parteien redlich zu wahren gesucht wurde. Natürlich gab es da und dort Rücksälle in die alten Gewohnheiten; aber es kann niemand erwarten, daß von vielen Millionen jeder einzelne sich der Redcutung der Zeit bewußt sei. Deshalb erschien es auch nicht erforderlich, und wäre vor allem nicht klug gewesen, einzelnen Verstößen viel Gewicht beizulegen.

Auf rein politischem Gebiet kamen die ersten Störungen zunächst von jenen aus früheren Zeiten her sattem bekannter Phantasten, die mit dem Germanenknäuel die ganze Welt sich botmäßig machen möchten, ohne aber irgendeine Idee von den praktischen Möglichkeiten zu haben. In schroffem Gegensatz zu den Regierungserklärungen und zu der Anschauung der übergroßen Masse der Bevölkerung warben sie für Pläne, die jeder ernsthafte und unterrichtete Politiker als Unsinns betraachtet. Damit forderten sie den Widerspruch heraus, und es lag wirklich nicht an ihnen, wenn nicht ein ebenso gefährlicher wie unter den obwaltenden Umständen lächerlicher Streit um das „Kriegsziel“ entstand.

Könnten diese Leute schädlich wirken nach außen hin, namentlich indem sie die „moralische“ Stellung unserer Gegner in den Augen der Unbeteiligten stärkten, so treten jetzt andere auf, die im Land selbst Schaden anrichten werden, da sie die einstweilen ruhenden Kämpfe der gegenwärtigen Interessen anzufachen suchen, während doch die Gesamtheit alles aufbieten muß, um die Bedrohung von außen her abzuwehren. Wir haben hier nicht nur jene im Auge, die mit mehr oder minder starker Betonung versichern, es bleibt alles beim alten, sondern insbesondere die, denen der Augenblick gekommen erscheint, den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse aufleben zu lassen.

Natürlich hat niemand von uns daran gedacht, daß nach der Entscheidung des Weltkrieges ein idyllischer Zustand eintreten und daß dann in freundschaftlichem Zwiegespräch unter Aufführung von Gründen und Gegengründen die soziale Frage gelöst werde. Vielmehr haben wir wiederholt unserer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß, nachdem des gemeinsamen Vaterlandes Bestand durch die Hilfe aller gesichert sei, der Kampf um seine Ausgestaltung erst recht einsetzen werde. Nur, so hofften wir, würde dieser Kampf, der Klassenkampf, eine höhere, reinere Form annehmen, nachdem im Feuer des Völkerringens geflissentlich erzogene oder gedankenlos übernommene Vorurteile verbrannt worden. Obgleich der Ausnahmezustand, unter dem wir leben, da und dort benutzt worden ist, um das alte System noch rücksichtsloser anzuwenden, hielten wir uns unruhm und beschränkten die gebotene Kritik auf die Einzelfälle.

Nun aber ist „unter dem Burgfrieden“ gewissermaßen programmatisch verkündet worden, daß von einer Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Partei mit den andern Parteien nach dem Kriege nur dann die Rede sein könne, wenn die Sozialdemokratie ihr Wesen ändere, das heißt sich selbst aufgäbe. Selbstverständlich ist es die in Aktion edigierte „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, die den Schleißstein wieder einmal drehen und das Scharfschaden betreiben muß.

In ihrer neuesten Nummer bringt sie einen Artikel: „Parteitaktik und Sozialdemokratie“, der offenbar bestimmt ist, auf jene zu wirken, die über den Parteien stehen sollten. Und man muß gestehen, daß für diesen Zweck große Geschicklichkeit aufgebracht wird.

Zunächst werden natürlich in der bekannten wohlwollenden Weise Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie festgestellt:

„An der einen Stelle werden Stimmen laut, deren reiner Patriotismus, deren nationaler Geist kaum von irgendeinem Anhänger bürgerlicher Parteien übertroffen werden kann, und andererseits es auch jetzt nicht an einzelnen, zum Glück sehr vereinzelt Genatikern, die den traurigen Mut besitzen, selbst in dieser Stunde die Partei über das Vaterland zu stellen! Nicht minder groß sind die Unterwürigkeiten, die sich geltend machen in bezug auf die Voraussage der künftigen Entwicklung, welche etwa der sozialdemokratischen Bewegung zuteil werden könnte. Da glaubt der eine, es werde sich die ganze Sozialdemokratie in eine halbbürgerliche Arbeiterpartei umwandeln, die auch in Friedenszeiten mit der Staatsregierung harmonisch Hand in Hand arbeitet; der andere aber verweist

diesen Glauben in das Reich optimistischer Träume; er gibt zwar zu, daß sich hinsichtlich der Stellungnahme zur Nationalität und Internationalität mancherlei ändern wird, daß aber im ganzen das eigentliche Programm, wenn auch vielleicht auf andern Wegen und mit andern Mitteln, aufrechterhalten bleiben wird und aufrechterhalten werden muß.“

Und nun kommt ein süß-saures Gemisch von Betrachtungen, die an die Stuttgarter Rede von Wolfgang Heine anknüpfen, aber auch andere Neuierungen von Sozialdemokraten zum Anlaß nehmen, um zu zeigen, daß die Arbeiterklasse das Bedürfnis fühle, „eine Neuorientierung ihrer Politik“ eintreten zu lassen.

Bis dahin möchte man den leitenden Geist der „Arbeitgeber-Zeitung“ ruhig gewähren lassen, denn nicht er ist es, der die künftige Haltung unserer Partei bestimmt, sondern wir selbst. Aber nun kommt der Wegweiser der Arbeitgeberverbände zu seinem eigentlichen Thema, nämlich zu der Darlegung, „daß vielleicht die Parteitaktik eine durchgreifende Änderung erfahren wird, daß aber an der sozialdemokratischen Weltanschauung keineswegs gerüttelt werden soll.“ Womit wir, was den letzten Teil des Satzes betrifft, durchaus einverstanden sind. Eine Weltanschauung, die feststeht, wird nicht nach den Konjunkturen geändert, wie etwa die Preislisten eines Syndikats.

Doch um diese Wahrheit zu verkünden, hat die „Arbeitgeber-Zeitung“ natürlich den Artikel nicht gebracht. Sondern zu einem ganz bestimmten Zweck! Sie verlangt die Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie — was ihr gutes Recht ist — aber auch die fernere Annäherung an die Behandlung unserer Partei. In unmißverständlichen klaren Worten tut sie das nicht. Aber sie stellt uns außerhalb des Rahmens derer, mit denen auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandelt werden kann.

Soweit die moderne Sozialdemokratie noch zum größten Teil ihre Lebenskraft aus dem Gedankensatz des Marxismus schöpft — und wenn sie es nicht mehr tut, gibt sie sich selbst auf — wird sie auch an dem von Marx aufgestellten Ideal der Freiheit und Gleichheit festhalten müssen. Die demokratische Idee der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen bleibt eben das ethische Fundament aller sozialdemokratischen Forderungen. Immer wieder wird man versuchen, mit geschickter Dialektik jene tiefste, sozusagen metaphysische Gleichheit vor Gott, mit der praktischen, weltlichen, wirtschaftlichen und politischen Gleichheit zu verquicken. Man wird sich auf sozialdemokratischer Seite nie dazu bequemen, anzuerkennen, daß gerade Freiheit und Gleichheit unvereinbar sind, daß vielmehr der Menschheit nur eine Wahl bleibt, entweder nämlich Freiheit und Ungleichheit oder Gleichheit und Unfreiheit. Niemand wird man zugeben, daß die Ungleichheit nicht etwa nur eine soziale, sondern eine natürliche Tatsache ist, und solange die Sozialdemokratie auf solchem Standpunkt beharrt, wird auch der Kampf gegen diese grundsätzliche Irrlehre geführt werden müssen.“

Sonach soll der Kampf gegen die „grundsätzliche Irrlehre“ weitergeführt werden, und selbstverständlich — was allerdings nicht gesagt wird — mit den alten Mitteln.

Darauf aber, nämlich auf die lieben alten Mittel, kommt es der „Arbeitgeber-Zeitung“ nur an! Wenn sie sich bemüht, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie zwar ihre Taktik, nicht aber ihre Weltanschauung ändern könnte, so handelt es sich für sie darum, schon jetzt dafür Stimmung zu machen, daß bei der Neuordnung der Verhältnisse die Sozialdemokratie gleichberechtigte Stimme mit den andern Parteien nicht habe.

Keineswegs, weil die „Arbeitgeber-Zeitung“ befürchtet, die Weltanschauung der Sozialdemokratie möchte sich mit einem Schlag durchsetzen und so der Herrlichkeit des Kapitalismus ein Ende bereiten. Im Gegenteil wäre es ihr sehr lieb, wenn die Wortführer unserer Partei lediglich die Umwälzung der Gesellschaftsordnung verlangten und einen Reichstagsbeschluss in diesem Sinne herbeizuführen trachteten. Aber von der Taktik wittert sie Gefahr! Gefahr für sehr greifbare Dinge. Die sozialdemokratische Partei gibt sich ja nicht lediglich einer Weltanschauung hin, sondern sie ist auch die Verfechterin sehr bestimmter Forderungen des Tages. Große Arbeiterorganisationen versuchen, diese durchzusetzen. Ihnen Widerstand zu leisten, war die Staatsmacht immer bereit. Auf ihre Hilfe konnte ja gerechnet werden, wenn und solange die Sozialdemokratie als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend aufgefaßt wurde.

Diese bequeme Art, die Arbeiterbewegung niederzukalten, ist nun nicht mehr gut möglich. Mit der „Vaterlandssolidarität“ und ähnlichen Worten kann kaum noch operiert werden. Also hat der leitende Geist der „Arbeitgeber-Zeitung“ noch zur rechten Zeit die Weltanschauung entdeckt, und gibt eine neue Sammlungspartole aus — unter dem Burgfrieden! („Hambg. Echo.“)

Die Kriegssitzung des Reichstages.

Der Reichstag begann am Mittwoch die erste Sitzung des Etats und führte sie auch noch in derselben Sitzung zu Ende. Der neue Reichschatzsekretär Dr. Helfferich hielt eine ausführliche Rede. Er gedachte seines Amtsvorgängers in rühmenden Worten, hob dann die Größe der Aufgabe des Leiters der Reichsfinanzen in der jetzigen Zeit hervor und beschäftigte sich eingehend mit dem neuen Kriegskredit von 10 Milliarden Mark. Dr. Helfferich unterstrich die unserem Bewußtsein noch lange nicht richtig zur Erkenntnis gekommene Tatsache, daß dieser ungeheure Krieg mit allen Vorstellungen von Größe, die wir bisher hatten, gewaltig ausgeräumt hat. Die Reichsschuld ist seit dem Ausbruch des Krieges von 5 Milliarden auf 15 Milliarden Mark gestiegen und sie muß mit der Weiterführung des Krieges ständig weiter steigen. Unfassbare Summen sind es, die das Ringen der europäischen Großmächte verdingt und dabei berechnet der Schatzsekretär die Kriegskosten des Dreierbundes auf weit höhere Summen als die Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei. Trotz dem Aufhören unseres gewaltigen Außenhandels haben sich die deutschen Staatsfinanzen gekräftigt, der Etat schließt mit einem rechnungsmäßigen Überschuß von 38 Millionen ab, in Deutschland ist Geld weit billiger zu haben als in England, unsere Kriegsanleihen werden trotz höherer Ausgabekurve ganz anders und viel besser gezeichnet und bezahlt als in den alten Geldländern England und Frankreich. Während die russische Finanzwirtschaft, der nun die hilfsbereiten Auslandsmärkte entzogen sind, stark ins Problematische hineinragt, hat die österreichisch-ungarische Kriegsanleihe einen überragenden Erfolg gehabt und die Türkei versteht es von jeher, ihre Kriege billig zu führen. Aber nicht nur zur glücklichen Beendigung des Krieges, sondern auch zur Erleichterung der alten Ausgaben unserer Brüder im Felde und zur Fürsorge für ihre Angehörigen, für die Kriegsverletzten und für die Hinterbliebenen bedarf das Reich des tatkräftigen Bestandes aller seiner Bürger, der sich bei der neuen Kriessanleihe betätigen muß. Wie vor ihm der Präsident Kämpf, so schloß auch der Schatzsekretär mit Worten des festen Vertrauens auf einen geschickten, dauernden und vorteilhaften Frieden.

In entschiedenen Worten sprach der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Haase. So nachdrücklich er auch betonte, daß die Partei für ihre Haltung keine Gegenleistung fordere, und daß ihr die Volksvertretung kein Handelsgeschäft sei, so energisch forderte unser Redner aber auch, das in der Handhabung des Kriegszustandes, wenn er überhaupt noch nötig erachtet würde, der Worte des Reichskanzlers von dem freien Volk gedacht werden möge. Daß dies nicht überall geschieht, wenn auch die Zentralinstanzen des Reichs es an gutem Willen nicht haben fehlen lassen, wies Haase an kräftigen Beispielen nach. Sehr entschieden forderte er, daß endlich die Versäumnisse auf dem Gebiete der Sicherung der Volksernährung gutgemacht, die Kriegsgewinne zur teilweisen Deckung der enormen Kriegsausgaben herangezogen und die Fürsorgegesetze für Kriegsverletzte und Hinterbliebene von Gefallenen dem Bedürfnis entsprechend ausgebaut werden. An die Spitze seiner Ausführungen hatte er die Forderung nach Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger gestellt, die die Beilegung von Klassenwahlrechten, Vereins- und Koalitionsrechtsbeschränkungen erfordert.

Auch der Pole Dr. Seyda schloß sich dem Verlangen nach Beilegung aller Ausnahmegesetze an.

Genosse Haase hatte eindrucksvolle Worte dem Angesichts des Kriegsausens wachsenden Friedenswunsches der Völker gemeldet. Darauf erwiderte namens der bürgerlichen Parteien der Zentrumsabg. Dr. Spahn, daß ihnen zurzeit eine solche Erörterung noch nicht am Platz zu sein scheine, da dieses Ziel erst durch weitere opferreiche Kämpfe zu erreichen sein werde.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Delbrück, bestritt gegenüber Haase und Seyda, daß Ausnahmegesetze bestünden, lehnte eine Verantwortung des Reichskanzlers für die Handhabung des Kriegszustandes durch die Militärbehörden ab. Er verneinte auch das Recht des Reichstags zu einer Kritik daran und wiederholte im übrigen die von ihm bereits in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses abgegebene Erklärung, daß nach dem Kriege geprüft werden solle, ob eine

zustand aufgehoben würde, nehmen die Beschränkungen zu und erzeugen im Volk eine Erbitterung, von der die herrschenden Kreise keine Vorstellung zu haben scheinen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wiesbach werden Verammlungen nur gestattet, wenn das Manuskript des Redners Gnade vor einer Zensur findet, die häufig von Zensoren ausgeübt wird, denen es an Verständnis für politische Fragen fehlt, von denen aber auch das Schicksal von Zeitungen abhängt. Die Zeitungsverbote spotten jeder Beschränkung (Lebh. Zust. bei den Soz.) So ist die „Königsberger Volkszeitung“ auf drei Wochen verboten worden, weil sie unter den Faktoren des Sieges in Mafuren auch das geschlechtlich im Deutschen Reich eingezüht allgemeine Stimmrecht und Koalitionsrecht dem russischen Absolutismus gegenüber gestellt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Soll das verboten sein? Die Zentralinstanzen des Reiches haben ja, wie auch in anderen Fällen die Aufhebung dieses Verbotes herbeigeführt. Aber die freie Meinungsäußerung hat einen Schlag erhalten. Außerdem behüten Zeitungsverbote materiellen Schaden und machen Personen erwerbslos. Verboten wurde die Niedergabe der Rede des Abg. Wurm im Berliner Rathhause über die Kartoffelfrage und in Breslau hat die Präventivcensur sogar gesagt, die Niedergabe einer Parlamentsrede zu hindern. Diesen Eingriff in ihre Rechte wird sich keine Volksvertretung gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) So wie der Burgfrieden proklamiert ist, fallen nur gefällige Parteikämpfe vermieden werden. Es wäre aber ein Unglück für das Volk, wenn alle Grundbesitzer verleugnet werden und der Burgfrieden ein Kirchhofrieden werden sollte. (Sehr wahr!) Beim Verbot des „Vorwärts“ hat der Zensur zugestanden, daß jedes Blatt alle Geschäfte in die Hände seiner Anschauungen erörtern kann. Nur unter diesem Vorbehalt hat der „Vorwärts“ erklärt, das Thema Klassenkampf und Klassenkampf nicht zu berühren. Damit hat der „Vorwärts“ nur gesagt, daß er einen gefälligen Kampf nicht führen werde, was er übrigens schon vor dem Verbot nicht getan hat. Dieser Spielraum wird aber den Zeitungen nicht gewährt; Woche für Woche ereignen sich Maßregelungen, gestern noch wurden in Berlin Frauenversammlungen verboten. — Der Reichskanzler will, daß das deutsche Volk ein freies Volk werde. Dieser Zustand ist eines freien mündigen Volkes unwürdig und bedarf der Beilegung. Einem freien Volk gebührt die freie Rede. (Sturm. Zust. bei den Soz.) Ganz besonders hat das Volk mitzureden, wenn beim Abschluß des Krieges die Schicksalsfragen seiner Zukunft entschieden werden; es hat auch an der Vorbereitung mitzuwirken. (Lebh. Zust.) Das Grausen des Krieges stärkt in allen Ländern den Wunsch nach Beendigung des Völkergemeinens. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wenn wir dies aussprechen, kann dies nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, denn unsere militärischen Erfolge sind unbestreitbar, unser Wirtschaftsleben hat sich in überraschender Weise entwickelt, unsere Finanzen haben sich gefestigt. Der Stärke darf zuerst Frieden verlangen. (Beifall bei den Soz.) Meine Partei als Vertreterin des internationalen Sozialismus ist stets die Partei des Friedens gewesen und die Sozialisten der anderen Länder denken ebenso. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Frieden, der nicht die Keime neuer Verwidelungen und neuer Zwietracht enthält. Kein Volk soll ein anderes verzwangt werden, alle vielmehr ihre Kulturgüter friedlich austauschen. Der Wahn, als ob das deutsche Volk vernichtet werden könnte, ist zerstört. Unser Volk ist so wenig zu vernichten wie ein anderes, das mit aller Kraft seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit verteidigt. (Zust. bei den Soz.) Bis zum Abschluß des blutigen Ringens haben wir die große Aufgabe, auf jeden Fall die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen. Durch Hunger kann es nicht auf die Knie gezwungen werden, es muß nur ohne Rücksicht auf Sonderinteressen die Ernährung reguliert werden. Vieles wurde versäumt! Wir haben seit Mitte August die Regierung stets auf die erforderlichen Maßnahmen hingewiesen: rechtzeitige Getreidebeschaffung, Abschichtung und Konfiskierung großer Mengen von Schweinen, was die Brotpreise nicht so hoch hätte steigen lassen und die Kernteffeln für die Volksnahrung aufbewahrt haben würde. Der unheilvolle Gedanke, durch Erhöhung der Kartoffelpreise auf spärlichen Haushalt hinzuwirken, verdient härteste Zurückweisung. Jetzt darf kein Interesse dem der Konjumenten vorangehen. Nahrungsmittelwucherer müssen rücksichtslos bekämpft und der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden. (Sturm. Zust. bei den Soz.) Die zurückgebliebene Bevölkerung darf in dieser Zeit, wo die Kräfte des Volkes auf den Schlachtfeldern verbluten, nicht durch Unterernährung verkleinern, ein gesundes und starkes Geschlecht heranwachsen. Dazu ist nötig, daß Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen beschafft werden. Die auf keinen Fall ganz zu vermeidende Steigerung der Preise macht eine Erhöhung der Unterstützungsgeelder zur gebieterischen Pflicht; das Militärverorgungsgegesetz und die Versorgung der Hinterbliebenen müssen abgeändert werden. Um die enormen Ausgaben decken zu helfen, muß derjenige, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen vermehren, ein großer Teil dieses Zuwachses dem Reich genommen werden. Das Besitzenergebeis kann sehr gut für diesen Zweck ausgebaut werden. Verdittend müßte es wirken, wenn Spekulanten und Lieferanten, die aus der Not des Volkes Gold gemünzt haben, ungehindert davonkommen sollten. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wir werden uns darum bemühen, daß in dieser Reichstagsperiode in jäherer Zeit eine wirksame und erfolgreiche Arbeit geleistet wird, damit die großen Aufgaben einer gedeihlichen Lösung entgegengehen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Spahn (Z.): erklärt namens der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen, daß er sich gegen die Bemerkungen des Vorredners über den Frieden wenden müßte, die im Ausland mißverständlich werden könnten. (Widerspr. bei den Soz.) Wir führen den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern um des Friedens willen, aber eines Friedens, der mehr als bisher der deutschen Arbeit und dem deutschen Unternehmungsgeist gedeihliche Entwicklung sichert, das Vaterland dauernd schützt und seine Größe garantiert. Die Erreichung dieses Ziels erfordert weitere siegreiche Kämpfe, die mit aller Kraft bis zum Ende auszusechten das deutsche Volk jetzt entschlossen ist. (Lebh. Beifall.)

Dr. Seyda (Polen): Der Etat enthält keine Positionen, gegen welche wir prinzipielle Bedenken zu erheben hätten. Wir wiederholen indessen auch jetzt das Verlangen nach Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze im Reich und in den Bundesstaaten während des Krieges. Dieses Verlangen entspricht nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch dem eigentlichen Interesse des Reiches. (Beifall bei den Polen und Soz.)

Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Dehnbach: Mir ist kein Reichsgegesetz bekannt, das die Rechte der polnischen Bevölkerung beeinträchtigt, es sei denn der § 13 des Reichsvereinsgesetzes. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen erkennen an, daß die großen Ereignisse des Krieges eine Prüfung notwendig machen werden, wieweit unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf, aber eine solche Prüfung ist nicht angängig während des Krieges, weil Diskussionen über Differenzen nicht im Interesse des Vaterlandes liegen würden, solange unsere Feinde an den Grenzen kämpfen. — Die Ausführungen des Abg. Haase bedauern ist (Lebh. Zust. rechts), sie sind nicht geeignet, den Burgfrieden zu fördern, den zu haben niemand mehr bestrast gewesen ist als die Regierung. (Na, na! bei den Soz.) Diese Ausführungen sind auch geeignet, im Lande und jenseits unserer Grenzen Unzufriedenheit über das Verhalten und die Gesinnung der Regierung zu verbreiten, die in den Tatsachen nicht begründet sind. Das Koalitionsrecht wird durch Ausnahmegeetze nicht beschränkt. (Lachen bei den Soz.) Jede Verfassung beruht auf der Beschränkung der persönlichen Freiheit des Einzelnen im Interesse des Ganzen, aber wir haben kein Gesetz zur Beschränkung der Freiheit eines bestimmten Volksteils. Inwiefern sind die Ausführungen des Abg. Haase unbeschäftigt und ich weise sie mit aller Entschiedenheit zurück (Lebh. Beifall rechts), um auch nach außen hin den Eindruck zu vermeiden, als wenn im deutschen Reich Ausnahmegeetze beständen. Es bestehen Verschiedenheiten in der Handhabung von Gesetzen, aber die Reichsleitung und die Einzelregierungen sind während des Krieges bemüht gewesen, durch die Handhabung der Gesetze zu beweisen, daß ihnen alle Parteien gleich nahe stehen

und daß sie sich von dem Bewußt und der Verpflichtung gegenüber einem Volke, das mit solcher Eingebilligkeit und Größe an den Grenzen für die Sicherheit des Vaterlandes kämpft. (Beifall.) Die verfassungsmäßige Freiheit wird nicht beschränkt, der Kriegszustand ist ein vorübergehender und verfassungsmäßig vorgehender Zustand. Bei einem Kriege gegen vier Fronten kann das Vereinsrecht und die Freiheit der Presse nicht im vollen Friedensumfang aufrecht bleiben. Es müssen Ausstattungen, die das Vaterland schädigen können, und im Ausland mißverstanden werden könnten, vermieden werden. Deshalb wird der Belagerungszustand aufrecht erhalten. Damit hört die Verantwortung des Reichskanzlers auf, er ist dafür verantwortlich, daß der Belagerungszustand nicht länger aufrecht erhalten wird, als die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Was aber die Militärbehörden während des Belagerungszustandes tun, entzieht sich verfassungsmäßig dem Einfluß des Kanzlers und der Kritik dieses Hauses. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Reichsleitung hat bei Differenzen mit Erfolg vermittelt, es liegt ihr nichts ferner, als die Freiheiten des Volkes über das notwendige Maß zu beschränken. Auch die militärischen Instanzen sind von demselben Bestreben geleitet. In den Fragen der Lebensmittelverorgung ist die Freiheit der Presse nicht beschränkt worden. (Widerspruch bei den Soz.) Die Maßnahmen meines Kessors konnten in aller Freiheit besprochen werden. Die Beschränkungen der Presse sind gleichmäßig für alle Parteien gehandhabt worden. Auch hier kann also in keiner Weise von Ausnahmegeetzen gesprochen werden. (Zust.) Manche von den Wünschen des Abg. Haase sind Gegenstand der Erwägung der Regierung und auch anderer Fraktionen gewesen. — Im preussischen Abgeordnetenhaus ist gestern betont worden, daß man die Erklärung der Regierung über die spätere Prüfung der Frage einer Neuorientierung der inneren Politik ernst nehmen müße, daß sie acpssichtig ist, die in dieser Beziehung gegebenen Versprechen auch nach dem Kriege einzulösen. Wenn die anderen Parteien dem vertrauen, so kann die Regierung in dieser ersten Zeit auch von Ihnen (zu den Soz.) das verlangen, denn nur, wenn dieses Vertrauen besteht, sind wir in der Lage, den Krieg zu einem Siege zu führen, der uns vor ähnlichen Ueberfällen schützt und uns die Möglichkeit gibt, die Früchte unseres Fleißes und unserer Betriebsamkeit in Zukunft zu ernten, ohne daß man sie in der Weise freitrag macht, wie das jetzt geschieht. (Beifall.) Der Etat geht an die verstärkte Budgetkommission. Nächste Sitzung eine halbe Stunde später. Schluß 5 1/2 Uhr.

Berlin, den 10. März 1915.

5. Sitzung. Abends 6 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Dehnbach.

Das Stadtschloßmonopol wird ohne Debatte einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Außerdem geht ein Gesetz über die Ausgabe von 10-Mark-Scheinen an die Budgetkommission. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Kämpf beräumt die nächste Sitzung an auf Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr, und erklärt die Ermächtigung, die Tagesordnung dieser Sitzung je nach dem Verlauf der Kommissionsberatungen festzusetzen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Amerika.

Die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, die schon seit langer Zeit besteht, hat gegenwärtig wieder einen ernsteren Charakter angenommen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Befehl gegeben, daß zwei amerikanische Kriegsschiffe von Guantanamo nach Veracruz abdampten sollen. Auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit kann man gespannt sein.

Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. März.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am kommenden Montag, abends 6 Uhr, stattfindet, soll folgende Tagesordnung erliegen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Ankauf des Grundstücks Kleine Burgstraße Nr. 20 (Kochenhof Nr. 1—4). 2. Aenderung des Besoldungsetats für die Beamten der Lübeckischen Zollverwaltung. 3. Neubau eines Schulhauses für die Realschule zum Dom. 4. Bereitstellung von 350 000 Mk. für die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften. 5. Aenderung der Bauordnung. 6. Erlaß einer Ordnung für die staatlichen Heilanstalten. 7. Nachtrag zum Kostgeldtarif für die Heilanstalt Stredmitz. 8. Verhärtung der für das Elektrizitätswerk für das Rechnungsjahr 1914 budgetmäßig bewilligten Mittel. 9. Verhärtung der der Heilanstalt Stredmitz für das Rechnungsjahr 1914 budgetmäßig bewilligten Mittel. 10. Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung vom 22. September 1906. 11. Herstellung einer Fahrzeughverbindung von der St. Lorenzbrücke bis an die Wischhstraße. 12. Verichterstattung von Dr. von Broden über die auf Antrag von Thiele dem Bürgerausschuß zur Prüfung überwiegene und von diesem nicht an den Senat weiter gegebene Eingabe von Robert Poppe, betreffend dessen angeblichen Erbanspruch auf den Nachlaß des 1809 gestorbenen Geh. Konferenzrates Wulf Hinrich v. Thiemen.

Ausflüßende Worte über die Kriegsanleihe! Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Wiedruck: Die in diesem Blatt vor kurzem veröffentlichte Zeichnungsaufforderung auf die neue 3proz. Deutsche Reichsanleihe (Zweite Kriegsanleihe) enthält den Bemerk. „unkündbar bis 1924“. Diese Bedingung ist in manchen Kreisen des Publikums als ein Nachteil für den Erwerber der neuen Schuldverschreibung aufgefaßt worden, während sie in Wirklichkeit einen großen Vorzug darstellt. Was befragt denn die Bestimmung „unkündbar bis 1924“? Nichts anderes, als daß das Reich die Anleihe mindestens bis zum Jahre 1924 mit 3 Proz. verzinsen muß, und daß es vorher weder den Zinsfuß herabsetzen, noch vorher den Anleihebetrag zurückzahlen darf. Der Anleihebesitzer bleibt mithin bis zum Jahre 1924 in dem ungehörten Genuß des für ein Wertpapier von dem Range der Deutschen Reichsanleihe außerordentlich hohen Zinsfußes von 3 Proz. Will das Reich nach dem Jahre 1924 nicht mehr 3 Proz. Zinsen zahlen, so muß es dem Anleihebesitzer die Wahl lassen zwischen Kapitalrückempfang und niedrigerem Zinsfuß. Das heißt, wer heute 95 1/2 Mk. für 100 Mk. Nennbetrag der neuen Reichsanleihe kauft, muß, wenn das Reich nach dem Jahre 1924 nicht mehr 3 Proz. geben will, die vollen 100 Mk. ausgehahlt erhalten. So und nicht anders ist die Bestimmung „unkündbar bis 1924“ aufzufassen. Ganz irrig ist die Annahme, daß der Anleihebesitzer sich nur vor dem Jahre 1924 das für die Anleihe aufgewandte Geld nicht wieder verschaffen kann. Die Reichsfinanzverwaltung zahlt zwar, wie schon gesagt, das Kapital vor dem Jahre 1924 nicht zurück. Es wird aber jederzeit möglich sein, ein Wertpapier von den hohen Eigenschaften der Deutschen Reichsanleihe durch Vermittlung der Reichsbank oder anderer Banken und Bankiers zu beschaffen, und nach menschlicher Voraussicht wird der Anleihebesitzer bei einem Verkauf für 100 Mk. Anleihe nicht nur den aufgewandten Betrag von 95,50 Mk., sondern wahrscheinlich einen nennenswerten Aufschlag erzielen. Eine Schuldverschreibung des Deutschen Reichs ist jederzeit zu Geld zu machen. Entweder, wie schon gesagt, durch Verkauf oder, wenn das Geld nur vorübergehend gebraucht wird, durch Verpfändung der Anleihepforte bei den öffentlichen Darlehnsstellen. Wer durch Inanspruchnahme der Darlehnsstellen sich Geld zum Erwerb von Kriegsanleihe beschafft, braucht auch nicht zu bezagen, daß nach einigen Monaten oder überhaupt zur Unzeit die Rückzahlung von ihm verlangt wird. Die Darlehnsstellen sind eine

öffentliche Einrichtung, die gerade in erster Reihe den Zinsen bezogen folgt, den Eigentümern von Wertpapieren eine Geldbeschaffung durch Verpfändung ihrer Papiere zu ermöglichen. Das Publikum darf indessen mit Bestimmtheit auf größtes Entgegenkommen der Darlehnsstellen rechnen. — Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß den zum Zwecke der Einzahlung auf die neue Kriegsanleihe zu entnehmenden Darlehen bis auf weiteres ein Vorzugszinsfuß — zurzeit 5 1/2 statt 5 1/2 Proz. — eingeräumt wird. Alles in allem: es gibt zurzeit keine bessere Kapitalanlage als die Deutsche Kriegsanleihe. Und so begreiflich und wünschenswert es auch ist, wenn das Publikum bei der Verwendung seiner Spargelder Ueberlegenheit und Vorsicht übt, so darf es doch im vorliegenden Falle ohne weiteres das Sicherheitsgefühl haben, daß den Interessen des Vaterlandes und den eigenen Interessen nicht besser als durch eine rege Beteiligung an der Zeichnung auf die Kriegsanleihe gebient werden kann.

Zwischenzählung der Schweine. Das Statistische Amt veröffentlicht zu dem am 13. März und 15. April ds. Js. vorgunehmenden Zwischenzählung der Schweine folgendes: Die Aufnahme der Schweine erfolgt in den einzelnen Gemeinden dergestalt, daß die in jeder Haushaltung (sei es auf dem Gehöft selbst in Haus, Stall, Scheune, Schuppen, Hof und Garten, sei es in Außenwerken oder auf Wiese, Weide, Feld usw.) vorhandenen Schweine angegeben sind. Dabei ist gleichgültig, wer Eigentümer der Schweine ist; auf längere Zeit eingestellte Schweine werden wie eigene behandelt. Auch die in Schlachthäusern befindlichen und auf Viehhöfen in Fütterung stehenden Schweine sind aufzunehmen. Mit aufzuzeichnen sind Schweine, die vorübergehend abwesend sind, sowie Schweine, welche im Laufe des 15. März bezw. 15. April verkauft werden. Nicht mit aufzuzeichnen sind dagegen Schweine, welche im Laufe des 15. März bezw. 15. April erst gekauft werden oder nur zufällig und vorübergehend anwesend sind. Schlächter und Händler haben auch die bei ihnen stehenden oder im Laufe des Zähltages eintreffenden und in der Nacht vom 14. zum 15. März bezw. vom 14. zum 15. April auf dem Transport gewesenen, zum Schlachten oder Verkauf bestimmten Schweine aufzuführen, sofern sie nicht etwa erst am 15. März bezw. 15. April gekauft sind. Die Zählung geschieht mittels Zählungstiften, deren Ausfüllung in der Stadt Lübeck durch Beauftragte des Statistischen Amtes und sonst durch die Gemeindevorstände zu geschehen hat. Die Haushaltungsvorstände oder deren Vertreter haben den Zählern jegliche auf die Zählung bezügliche Auskunft zu erteilen.

Vortrag über Ostpreußen. Man schreibt uns: Unter der Vertagung des Roten Kreuzes findet am heutigen Abend 8 Uhr im Kolosseum ein Vortrag der Herrn Generalmajor Freiherr von Gasp und Hauptmann Blendenmann statt. Der Wunsch nach einem ausverkauften Saal ist um so mehr gerechtfertigt, als der Reinertrag hier und in den anderen Städten, die die Herren bereisten oder noch bereisen werden, unsere braven Truppen im Osten zugute kommt. Die Vorträge werden, unterstützt durch zahlreiche, noch nicht veröffentlichte Lichtbilder nach eigenen Aufnahmen und nach solchen von russischen Offizieren, die unserer Truppen in die Hände fielen, nicht nur die Leiden der Zivilbevölkerung in den verwüsteten Teilen Ostpreußens schildern. Hier könnte nach den zahlreichen Veröffentlichungen kaum wesentlich viel Neues geboten werden. Befanderes Interesse erhaschen die Vorträge aber einmal dadurch, daß Herr Generalmajor Freiherr von Gasp als stellvertretender Landrat des Kreises Ragunt wertvolle Beobachtungen während der Russenherrschaft sammeln konnte. Einer, der mitten im Betriebe der juristischen Zeit stand, kommt mit seinen Darlegungen zu Raum. Zum andern werden wir durch die Lichtbilder hineingeführt in die militärischen Operationen selbst. Die Beschreibung des Vormarsches, der Verpflegung, der Anstrengungen und Entbehrungen der Truppen, die Ostpreußen besetzten, werden einen breiten Raum in den Ausführungen einnehmen. Herr Hauptmann Blendenmann vom Regiment Nr. 44 hat selbst mitgekämpft, und seine Eindrücke über die Kampfesart der Russen, die Verpflegung und Ausrüstung unserer Truppen und ihre Versorgung mit Liebesgaben werden interessante Einblicke gewähren. Uebrigens geht beiden Herren der Ruf ausgezeichneten Redner voraus. Karten à 1 Mk. sind bei Ernst Kober, Breite Straße, und abends an der Kasse erhältlich.

Verkäufe eingezogener Preisen. Für den Ankauf eingezogener Preisen sind von dem zuständigen Reichsamt Erleichterungen derart geschaffen worden, daß der Kaufpreis zu einem erheblichen Teil auch in Form der Übernahme einer Schiffshypothek entrichtet werden kann. Die näheren Bedingungen hierüber sowie sonstige für Preisenverkäufe bestehende Bestimmungen können in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden.

Rageburg. Der Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg trat hier zur Beratung des Haushaltsetats für 1915 zusammen. Der ordentliche Etat schließt mit 1 124 091,58 Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Trotz verschiedener Minder-einnahmen wird man ohne Erhöhung der Kreissteuern, die jetzt 18 Prozent betragen, auskommen, da dem Fortausgleichsfonds 127 900 Mk. entnommen werden sollen. Weiter handelte es sich um die Aufnahme einer Anleihe zur Bestreitung von Reichs- und Kreis-Familienunterstützungen. Bis zum 15. Februar waren rund 220 000 Mk. voranschüssig für das Reich verausgabt. Etwa 35 000 bis 40 000 Mk. kommen monatlich noch hinzu. Von den vom Kreistag am 3. Oktober 1914 bewilligten 190 000 Mk. zur Zahlung von Zuschüssen waren Ende Februar 55 000 Mk. verbraucht. Da den Kreisauschußs Barmittel nicht mehr zur Verfügung stehen, sah er sich, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, zu dem Antrag auf vorübergehende Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mk. genötigt. Der Kreistag stimmte, wie berichtet wird, diesem Antrag zu, auch wurde die Hinausschiebung des Beginns der Tilgung der infolge des Anschlusses des Kreises an die Ueberlandzentrale aufgenommenen Anleihen um zwei Jahre beschlossen. Die Erhebung von Zuschüssen zur Zuschußsteuer betraf eine weitere Vorlage. Es wurde in dieser Hinsicht folgender Antrag des Kreisauschusses angenommen: „Zu dem Anteil des Kreises an der auf Grund des Reichszuwachsteuergegesetzes vom 14. Februar 1911 festgesetzten Zuwachsteuer wird ein Zuschuß in gleicher Höhe erhoben. Wenn Reichsteuer und Zuschuß zusammen 80 Prozent der nach dem Reichsteuergesetz errechneten Versteigerung überschreiten, ist letzterer um den überschreitenden Betrag zu ermäßigen. Diese Säzung tritt mit der Wirkung vom 1. April 1915 in Kraft.“ Der Landrat teilte mit, daß es sich ermöglichen lasse, Geiragene auch im Kreise Herzogtum Lauenburg für Landkulturierungsarbeiten zu erhalten. Im Kreisgebiet sollen mehrere Geiragenlager errichtet werden. Der Kreis selbst besitzt allein 400 Hektar zu bewilligen, wird der Kreistag demnächst erneut zusammen-treten.

Samburg. Die Bürgerschaft erledigte gestern in einer Sitzung die ganze Budgetberatung. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch Genossen Grünwald folgende Erklärung abgeben: „Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage, die sich ja auch in dem vorliegenden Staatshaushaltsplan ausdrückt, hat die Fraktion der Sozialdemokratie beschlossen, dem Haushaltsplan ihre Zustimmung zu geben.“ — Samburgische Gesellschaft. Der Grundsatz, wonach nicht das Einkommen des Steuerjahres, sondern dasjenige des Vorjahres der Besteuerung unterliegt, übt seine Wirkung auf die Steuerverkürzung aus. Die Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres, die von der Besteuerung ausgeschlossen sind, zuerst in dem auf dem Kriegsausbruch folgenden Jahre aus, während andererseits aus dem gleichen Grunde die Vergünstigung auch noch während eines entsprechenden Zeitraums nach Beendigung des Krieges fortbesteht, so daß auf diese Weise der erforderliche Ausgleich hergestellt wird. Dieser Ausgleich tritt aber in denjenigen Fällen nicht ein, in denen der Steuerpflichtige während des Krieges fällt, aber nach dem Kriege in einem anderen Bundesstaat versetzt wird, in dem das Einkommen erfasst wird. Für derartige Fälle stellt der Senat den Antrag, die

Neuorientierung der inneren Politik statzufinden habe. Obgleich Haase ausgeführt hatte, daß das Ausland aus seiner Rede keinerlei für Deutschland nachteilige Schlüsse ziehen könne und daß der Starke zuerst Frieden verlangen dürfe, erwiderte Dr. Delbrück doch, daß er der innerpolitischen Kritik Haases entgegenzutreten müsse, da sonst das Ausland falsche Schlüsse ziehen könnte. — Damit war die erste Lesung beendet, und in einer zweiten Sitzung wurde das Stoffsmonopolgesetz an eine Kommission überwiesen. Nächste Sitzung am 18. März.

Die Kriegslage.

Der gestrige Tagesbericht der deutschen Heeresleitung, der leider erst abends eintraf, gibt über die Kämpfe in Frankreich ein Bild des furchtbaren Ringens. Lange andauernde Handgemenge, erbitterte Nahkämpfe, in denen Mensch gegen Mensch sich gegenübersteht, werden hier verzeichnet. Derjenige, der nicht dabei gewesen ist, wird das Furchtbare solcher Kämpfe wohl kaum erfassen können.

An anderer Stelle bringen wir eine ausführliche Schilderung der Obersten Heeresleitung über die Kämpfe in der Champagne. Schwer war das Ringen und viele brave Streiter haben ihr Leben auf den blutgetränkten Schlachtfeldern der Champagne lassen müssen. Mit ihren Lieben betrauern wir den Tod dieser ungenannten Helden und verbinden wiederholt mit dieser Trauer den sehnsüchtigen Wunsch, daß die es blutige Ringen — dessen baldige Beendigung wohl alle Völker der Kulturstaaten herbeiführen — das letzte ist, das die Weltgeschichte zu verzeichnen hat.

Das Resultat des schweren Kampfes in der Champagne faßt die Heeresleitung dahin zusammen: „Unsere Front in der Champagne steht fester als je.“ Der zweifelloste tapere Offensivvorstoß der Franzosen ist an der starken Mauer der Deutschen gescheitert.

Die deutsche Unterseebootsflotte hat im Kampfe gegen England einen zweiten Verlust erlitten. „U. 20“ wurde von einem englischen Zerstörer gerammt und zum Sinken gebracht. Die Mannschafft konnte zum Glück gerettet werden. Wir haben schon i. St. darauf hingewiesen, daß der verschärfte Seekrieg gegen England nicht ohne Opfer für uns abgehen würde. Auf den übrigen Teilen des Weltkriegsschauplatzes hat sich nichts Besonderes ereignet.

Der gestrige Tagesbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 10. März. (Amtliche Drahtmeldung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Geschichtstätigkeit war durch Schnee und starken Frost eingeschränkt, in den Vogesen sogar fast behindert. Nur in der Champagne wurde weiter gekämpft. Bei Souain blieben bayerische Truppen nach langem andauerndem Handgemenge siegreich. Nordwärts von Le Mesnil drang der Feind an ein einen Stellen vorübergehend in unsere Linie ein; in erbitterten Nahkämpfen, bei denen zur Unterstützung herbeieilende französische Reserve auf unseren Gegenstoß am Eingreifen verhindert wurde, warfen wir den Feind endgültig aus unserer Stellung.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Ein erneuter Versuch der Russen, bei Augustow durchzubrechen, mißlang. Der Kampf nordwestlich von Ostrolenka dauert noch an. Die Gebrüder nordwestlich und westlich von Proszynsz nehmen weiter einen für uns günstigen Verlauf. Ein Angriff von uns nordwestlich von Nowo Miasto macht Fortschritte.

Die oberste Heeresleitung.

Geheilerte französische Offensiv in der Champagne.

Die Oberste Heeresleitung meldet: Mit dem heute und in den letzten Tagen gemeldeten Kampfen in der Champagne ist die „Wiederholung“ in der Champagne“ soweit zu einer Abklärung gebracht, daß kein Wiederanstoß mehr an das Endegeziel etwas zu ändern vermog. Die Schlacht am 17. März hat schon am 17. Februar mit Erfolg abgeblieben, als der französische Heeresvorstoß, der in der Champagne angedrängten Russen zu einem ohne jede Rücksicht auf Opfer ausgelegten Durchbruchversuch, als dessen nächstes Ziel die Stadt Soissons begehrt war, Entlassung zu bringen.

Der bekannte Versuch der Franzosen, die Abwehr in der Champagne zu durchbrechen, ist als völlig und vollständig gescheitert bezeichnet worden. Entsprechend dem Stande in dem östlichen französischen Frontenschauplatz ist es dem Feinde an keiner Stelle gelungen, sich an die getriebenen neuereuropäischen Fronten zu gewinnen. Wir danken dies der heldenmütigen Haltung unserer tapferen Truppen, der Unerschrockenheit ihrer Führer, in erster Linie dem Generaloberst von Emm, sowie dem Kommandeur des Generalkorps von Nam.

In Tag und Nacht ununterbrochenen Kämpfen hat der Gegner seit dem 16. Februar nach einander mehr als 6 vollstündige Armeekorps und ungeheure Massen schwerer Artilleriemunition eigener und amerikanischer Fertigung — mehr als 10000 Schütz. u. 24 Stunden — gegen die von uns bewachten strategischen Positionen der Front von 6 km Breite erzwungen.

Unerschütterlich haben die Rheinländer und zu ihrer Unterstützung herangezogene Bataillone der Garde und anderer Verbände des Kaiserlichen Heeres die Angriffe nicht nur zurückgewiesen, sondern sind ihnen sogar mit tapferer Gegenwehr entgegengetreten.

So ist es zu verstehen, daß, nachdem es sich hier um keine Verteidigungskämpfe handelt, doch mehr als

2450 unverwundete Gefangene, darunter 35 Offiziere, in unserer Hand blieben. Freilich sind unsere Verluste einem tapferen Gegner gegenüber schwer. Sie übertreffen sogar diejenigen, die die gesamten an der Masurenschlacht beteiligten deutschen Kräfte erlitten. Aber sie sind nicht umsonst gebracht. Die

Einzube des Feindes

ist auf mindestens das dreifache der unsrigen, das heißt, auf mehr als 45 000 Mann zu schätzen.

Unsere Front in der Champagne steht fester als je. Die französischen Anstrengungen haben keinerlei Einfluß auf den Verlauf der Dinge im Osten auszuüben vermocht. Ein neues Ruhmesblatt hat deutsche Tapferkeit und Zähigkeit erworben, das sich demjenigen des fast zu derselben Zeit in Masuren erkämpften würdig und gleichwertig anreicht.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 10. März.

4. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesstatistik: Delbrück, Dr. Helfferich, Dr. Visco, v. Jagow, Kräfte, Solff.
Das Haus und Bühnen sind stark besetzt; in der Hofloge wohnt der nordamerikanische Botschafter Gerard der Sitzung bei.
Präsident Dr. Kämpf begrüßt die Abgeordneten, von denen viele in Uniform erschienen sind. Alle seien einig in dem Gedanken an die siegreiche Durchführung des gewaltigen, uns aufzunehmenden Kampfes (Lebh. Bravo!) Auf allen Kriegsschauplätzen stehen wir mitten in der Entwicklung wichtiger Ereignisse. Mit deutscher Zähigkeit hält unsere tapfere Armee im Westen unerschütterlich eine Schlachtlinie von 400 Kilometern, im Osten leistet ein genialer strategischer Gedanke die Operationen von der Ostsee bis zur Bukowina; unter fast übermenschlichen Anstrengungen hat unsere Armee und die österrösch-ungarische auf dieser Front Erfolge erzielt, wie sie seit Sedan nicht erlebt wurden. (Beifall.) Im Süden halten die tapferen Osmanen Wacht an den Dardanellen und bedrohen den Angelpunkt des britischen Weltreichs, Ägypten. (Beifall.) In den letzten Wochen haben die Feinde ihr Ziel, unsere wirtschaftliche Vernichtung, enthüllt. Sie haben den Hunger als Bundesgenossen aufgerufen. Deutschland hat die Antwort darauf erteilt. Zur Abwehr geschworen, begann Deutschland mit der Ruhe und Entschlossenheit, auf die wir stolz sind, den wirtschaftlichen Krieg gegen England mit unseren Unterseebooten, deren Mannschaften und Offiziere schon so viel heldenhaften Todesmut bewiesen haben. (Lebh. Beifall.) Unsere Feinde verreckten sich, wenn sie glauben, uns durch Hunger oder ökonomische Repressalien besiegen zu können. (Beifall.) Sie vergessen unsere wirtschaftliche Kraft, das Organisations-talent der Deutschen, die Stärke unserer Landwirtschaft, die Fruchtbarkeit und die Leistungsfähigkeit unseres Handels und der Industrie und die Einmütigkeit und den Siegeswillen der Nation. Mit Schmerz, aber mit Entschlossenheit tragen wir die Kriegsober. (Beifall.) Und so wie bisher der Sieg an unsere Fahnen geknüpft war, so sind wir sicher, daß auch der endgültige Sieg unserer gerechten Sache beschieden sein wird. Auf den blutigen Schlachtfeldern im Osten und Westen wird ein dauernder Frieden erwachsen, der uns führt zu neuer Blüte, neuer Macht und neuer Größe unseres geliebten Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.)

Das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Semler (Ntl.) ehrt das Haus in üblicher Weise.
Das Mandat des Abg. Dr. Weill ist erloschen, weil durch Beibehaltung der kaiserlichen Regierung in Elsaß-Lothringen Dr. Weill seiner Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden ist, wodurch er Sitz und Stimme im Reichstag verloren hat. — Die Prüfung der Gültigkeit des Mandats des Abg. Weikert wird der Geschäftsordnungscommission überlassen.

Reinigeretret in das Haus sind die Abgg. Dr. Stresemann (Ntl.), Dr. Rapp (Konf.), Stubbe (Soz.), Fehr v. Franckenheim (Ztr.) und Correns (Ztr.)

Die Subgcommission wird von 28 auf 36 Mitglieder vergrößert.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Der Etat.

Reichsfinanzminister Dr. Helfferich widmet seinem Amtsvorgänger Kühn, dessen Gedächtnis den großen Aufgaben nicht mehr gewachsen war, ehrende Worte. Der Reichsbeitrag hat Kühn seinen Platz in der deutschen Geschichte gefunden. Wir sind der Ehrlichkeit, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, nicht leicht geworden, denn reichsweit sind die Aufgaben, die der Krieg, der Friedensschluß und schließlich die militärische und wirtschaftliche Wiederherstellung dem Leiter der Reichsfinanzen stellen. Aber das Soldatenherz, das in jeder deutschen Brust schlägt, jagte mir ein kategorisches: Da mußt! (Bravo!) Meine ganze Kraft und Person soll der Aufgabe gewidmet, die mir in dieser unerhöhten Größe und Schwierigkeit, aber auch großen und hohen Zeit zuteil geworden ist. Ich bitte dabei um Ihr Vertrauen und um Ihre Mithilfe. Möchte ein Hauch des Geistes unserer großen Zeit künftig die Verwaltungsvorgänge und Interessenpolitik mildern. Die Gegenüberstellung der Weltanschauungen und der materiellen Interessen wird aus dem deutschen Volke nicht verdrängt. Das ist gut, denn Reibung erzeugt Wärme, nur das ist nicht zum zehrenden Fieber und nicht zur verheerenden Gesteinung werden. Das Vermögen der deutschen Kultur, Wissenschaft und die Liebe zum Vaterlande muß hier helfen. (Lebh. Beifall.) Ein finanzielles Zukunftsprogramm kann ich Ihnen nicht geben, dazu fehlt der feste Untergrund, den erst der Ausgang des Krieges und die Friedensbedingungen schaffen können. Wir alle werden anlernen müssen und erleben heißt lernen. So wie der wohlgeleitete Landbesitzer im Felde, so hat auch der Kriegszustand einige Pfund verloren, aber nur aufhört. Mit seinen 15 Milliarden ist er viermal so groß als der größte aller früheren Etats. 10 Milliarden werden für außerordentliche Kriegsausgaben verlangt; seit der Mobilisierung haben wir kein Friedensjahr und keine Friedensmarine, und deshalb gehen die gesamten Reichsausgaben über den außerordentlichen Etat. Wir wollen aber auf den Etat als vorläufigen Richtschnur zugreifen und als richtiges Schema für die Wirtschaftsführung auch im Krieg nicht bezweifeln. Wenn die Demobilisierung eintritt, werden wir einen Restetat von 10 Milliarden haben, der dann auf zu übersehenden Bedürfnisse für Meer und Marine entfallen wird. Zu den Kolonien müssen wir den Vertiefungsprogramm auszuwickeln Spielraum lassen. Jeder Wille muß unsere Kräfte von der heldenmütigen Gegenwart unserer Leute in den Kolonialen Kunde geben, die den Namen, die Ehre und die Zukunft des reichen Mannes in den fremden Kontinenten sichern. (Beifall.) Von der planmäßigen Reichsfinanzverwaltung haben wir uns in der Kriegszeit nicht ab. Für Verzinsung wird etwa eine Milliarde mehr gefordert, weil die Reichsrente von 5 Milliarden im Krieg auf 15 Milliarden gestiegen ist und bei weiterer Dauer des Krieges weiter wachsen mag. Wir müssen es vermeiden, Schulden aus dem Ausland zu befragen. Bei Ende des Krieges werden unsere Feinde, abgesehen von einem anderen, uns auch für den materiellen Schaden entschuldigen müssen, den sie durch diesen unglücklich ausgeführten Krieg angerichtet haben. (Lebh. Zustimmung.) Der Etat schließt mit einem reichsweiten Abschluß von 65 Milliarden; er trägt das innere Gleichgewicht in sich. Der von deutscher Arbeit, deutscher Frömmigkeit und deutscher Mutate geschaffene Unterbau ist sicher für eine Zeit von Jahren unerschütterlich. Das schmerzliche Ringen, das gleichmäßig in der Weltgeschichte, meist alle Völker, mit denen wir schon zu rechnen gewohnt waren. Sowohl an die Reichsrenten als an die Beiträge an Menschlichen, den Zer-

brauch an Material, den Kummer und das Herzeleid im ganzen Lande, aber auch an den Opfermut und die Tapferkeit der ungezählten Millionen werden sich die Menschen erst gewöhnen müssen. Auch auf dem Gebiete der Finanzen haben sich alle Vorkämpfer in schwindelerregender Weise vergrößert. Der Jahresertrag mancher Finanzreform wird aufgebraucht durch die Kosten einer einzigen Kriegswoche. Die wöchentlichen Kriegsausgaben aller beteiligten Kriegsmächte betragen 1 1/2 Milliarden Mark. (Hört, hört!) Noch niemals sind von einem Parlament 10 Milliarden verlangt worden, dessen sind wir uns bewußt, aber auch der Ueberzeugung, daß kein Opfer zu groß und keine Last zu schwer sein kann, wenn es sich um unser Sein und Nichtsein, um Bestand und Größe unseres Vaterlandes handelt. Schwerer noch als diese Last sind die Blutopfer, die unsere Jugend täglich in schweigender Selbstverständlichkeit einer heiligen Pflichterfüllung vergießt. Um alles zu tun, was den Helden da draußen ihre Aufgabe erleichtert und ihnen die Früchte ihres Heldentums sichern kann, dazu soll auch der neue Kriegskredit dienen. Bei dem großen Erfolge der ersten Kriegsanleihe, der auf unserer besseren Kreditorganisation beruht, hat sich im ganzen Volk ein Vertrauen gezeigt, das die Bürgerschaft des endlichen Sieges in sich trägt. Aber eine gewonnene Schlacht ist noch kein gewonnener Feldzug. Das ganze Volk muß wissen, daß dieser Krieg nicht nur mit Blut und Eisen, sondern auch mit Brot und Geld geführt wird. Wer sich der allgemeinen Sparpflicht und allgemeinen Zahlspflicht entzieht, handelt wie ein Deserteur. (Zustimmung.) Wenn Lloyd George davon sprach, daß England mit silbernen Regeln keine Kriege gewinne, so müssen sich Wellington und Blücher bei dieser Einschätzung ihrer Taten im Grabe umbdrehen. Mit dem bloßen Geldbeutel allein sind Feldzüge nicht zu gewinnen, und den preußischen Grenadiere, die bei Waterloo zur rechten Zeit die Engländer herausgehauen haben, waren silberne Regeln eine ganz unbekannte Munition. Unsere 42er Geschütze und U-Boote stehen auch nicht mit silbernen Regeln, sondern mit gutem deutschem Stahl. Andererseits müssen wir aber auch dem Gegner mit seinen eigenen Waffen ausreichend dienen können, und der Verlauf des Krieges hat denjenigen Recht gegeben, die unser finanzielles Kräfteverhältnis gegenüber unseren Gegnern günstig beurteilten. Unser Bankdisto und unser Staatskredit haben sich weit besser gehalten als der Englands und Frankreichs. Wie hoch unsere Kriegskosten sind, wissen wir. Die Kriegskosten Oesterreichs stehen hinter den unsern zurück und die Türkei hat es von jeher verstanden, ihre Kriege billig zu führen. Freilich mußten wir helfen und werden wir weiter helfen. (Beifall.) Die Kriegskosten unserer Feinde sind ein gutes Stück größer als unsere und die unserer Verbündeten. Redner berechnet die englischen Kriegsausgaben auf ungefähr 40 Millionen Mark täglich und die Ausgaben Rußlands und Frankreichs auf das Doppelte der englischen Kriegskosten. Die Mittel der Finanzierung eines modernen Krieges sind die Aufnahme von Anleihen, die Inanspruchnahme der Notenpressen und die Verminderung der Ausgaben sowie Kriegsteuern. England hat neue Steuern in großem Umfange eingeführt, Rußland seine Alkoholmonopol-Einnahmen abgeschafft. Aber auch die stärkste Steuererhöhung kann nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben decken. Deshalb sehen wir zuerst von der Einbringung von Kriegsteuern ab, zumal wir hoffen, die Kriegskosten beim Friedensschluß unseren Gegnern präsentieren zu können. (Bravo!) Papiergeld ist nur ein zeitweiliges Aushilfsmittel. Auch Oesterreich-Ungarn hat mit seiner Kriegsanleihe einen sehr ansehnlichen Erfolg erzielt, auch seine Finanzkraft haben unsere Gegner unterschätzt. Unsere Feinde haben sich mit der Anleihepolitik Erfolge erzielt, und dabei hat die Bank von England in beispielloser Weise Zehnungerleichterungen gewährt, so daß man von einem Scheinverfolg der englischen Kriegsanleihe sprechen kann. Wir aber sind in der arbeitsreichen Lage, unsere zweite Anleihe um ein Prozent höher herausgeben zu können. Im Gegensatz zu früheren Anleihenungen stellt England jetzt eine zweite große Kriegsanleihe in nahe Aussicht. Rußland war schon im Frieden auf die ausländischen Kapitalmärkte angewiesen, die ihm jetzt verschlossen sind, und der französische Kapitalmarkt war total zerrüttet. Dort kann man die neue Anleihe durch Einzahlung der früheren Anleihe zu 91 Prozent, obgleich der jetzige Kurs dieser älteren Anleihe um 5 Prozent geringer ist. Niemand wird so dumm sein, diese Gelegenheit nicht zu benutzen. Die gemeinsame Dreiverband-Anleihe ist an Englands Widerstand gescheitert und die Bank von England hat einen niedrigen Goldbestand. Unserer Reichsbank stehen jede Woche Millionen neuen Goldes zu. Wir sind stolz darauf, daß die vaterländische Gesinnung unseres Volkes freiwillig uns diesen hohen Goldbestand verschafft, wie ihn kein anderes Land aufzuweisen hat. Unsere gute finanzielle Lage wird außerdem durch die Zunahme der Einlagen bei allen Großbanken und Sparkassen (hier um 100 Millionen Mark) erwiesen. Die französischen Sparkassen haben um 120 Millionen Frs. abgenommen. Ein wohlhabender und gesunder Kreislauf hat sich in der Anpassung unserer Volkswirtschaft an den Krieg vollzogen. Das gegen die Pfund-Sterling-Kurs gegenüber dem Dollar um 3 Prozent gestiegen, was seit hundert Jahren noch nicht da war. Unsere Finanzen stehen trotz des Anfalls unseres Außenhandels von 20 Milliarden so gut da. Damit hat England nicht gerechnet. Solange uns unser Boden bleibt, wird es keine Hunger- und Geduldsnotpolitik gelingen, uns die Lebensmittel abzuschneiden. (Beifall.) Von bisher aus dem Ausland bezogenen Stoffen hat sich ein wenig weniger Morale unsere Industrie herstellen gelernt. Das soll uns erst einmal ein Volk nachmachen. (Sehr richtig.) Aber bleiben wir uns des Ernstes der uns auferlegten Prüfung bewußt, und fülle sich jeder als Mitkämpfer. Zeigen wir unseren Kindern im Felde, daß wir ihnen ebenbürtig sein wollen an Mut und Selbstverleugnung, an Zähigkeit und Disziplin. Füllen wir uns mit ihnen als ein Volk, dann kann der Lohn nicht ausbleiben. Dann werden wir durchhalten bis zum vollen Siege. Bis zum ehrenvollen Frieden und bis zu dem Siegespreis, der dieser ungeheuren Opfer wert ist. Dann wird das deutsche Volk vor dem Weltgericht bestehen und die Zukunft wird uns gehören. (Stürm. Beifall.)

Abg. Haase (So.):

Die sozialdemokratische Fraktion erachtet es als ihre Pflicht, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen. Dieses Bestreben wird nicht durchkreuzt, sondern gefördert durch öffentliche Kritik, wo sie gefolgt ist. Wir haben für die Abstimmungen am 1. August und 2. September eine Gegengabe nicht gefordert; für uns ist die Volkserziehung ein Handelsgeschäft. (Zust. bei den Soz.) Wir können es aber nicht billigen, daß die Regierung uns im wesentlichen nur den Etat vorlegt. Ungeheure Opfer bringt das Volk, mit fast übermenschlicher Kraft tun unsere Krieger ihre harte Pflicht, alle ohne Unterschied in gleicher Weise. Da muß die Regierung endlich dafür sorgen, daß den gleichen Pflichten auch die gleichen Staatbürgerrechte entsprechen. Die Arbeiterorganisationen haben über 20 Armeekorps gestellt, im Kriege und während des Friedens geleistet. Und da soll eine Reichstagsabstimmung übergehen, ohne daß die gegen diese Arbeiter gerichteten ausnahmsweise Bestimmungen des Koalitionsrechts bestritten werden? (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir verlangen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten als Erfüllung eines längst unabwiesbar gewordenen Anspruchs. Wer die Stimmung unserer Feinde im Felde auf ihrer Höhe erhalten will, muß dafür sorgen, daß sie, wenn sie heimkommen, auch nicht einen Tag im Reich, Staat und Gemeinde Bürger milderer Rechte sind. Für Klassenrechte darf in Deutschland kein Platz mehr sein. Für eine tatkräftige Initiative wird die Regierung die Volksmehrheit hinter sich haben. Wir verlangen, daß alle Ausnahmebestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz entfernt werden und werden wir diese nach dieser Richtung stellen. Verhält sich die Regierung abwartend oder ausweichend, so werden die aus dem Felde heimkehrenden Brüder mit den Darfingeliebten kühnlich ihr Recht fordern; nachträglich aber wird dann der Kampf um die Volkserrechte und um die Demokratisierung unseres Staatwesens geführt werden. Nach der Verfassung darf der Kriegszustand nur solange und in welchem Umfang, als die öffentliche Sicherheit es gebietet. Wer mag die Behauptung, daß im Deutschen Reich